

Wir werden nicht schweigen und wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Wir haben nichts zu verbergen oder zu fürchten. Weder vor den Steuerbehörden, noch vor der Polizei noch vor den Geheimdiensten. Und wir werden unseren Fall vor allen Gremien schildern, (...) auch vor dem Obersten Gerichtshof und der höchsten Instanz im Land - der Öffentlichkeit. Wir werden Namen nennen, Dokumente veröffentlichen und die internationale Presse und Menschen-

rechtsorganisationen in der ganzen Welt einschalten. Wenn wir als David gegen Goliath antreten müssen, so soll es halt so sein. Wenn Islamabad entschlossen ist, die 'Friday Times' zu einem berühmten Streitfall zu machen, sind wir bereit, den Fehdehandschuh aufzunehmen. Deshalb fordern wir den Premierminister auf, die Schlägerkommandos zurückzurufen, bevor sich noch mehr Verbitterung ansammelt. Regierungen kommen und gehen, aber die Presse ist

dazu bestimmt, den Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung voranzutreiben. Menschenrechte und Pressefreiheit sind universale Werte. Dies sind Eckpfeiler zivilisierter Nationen. Nawaz Sharif kann diese Werte nicht ungestraft verspotten und hoffen, der weitverbreiteten Kritik zu entkommen. Jedenfalls lehrt das Naturgesetz, daß Ungerechtigkeit eine Weile anhalten kann; aber auf die Dauer hat Tyrannei keine Chance. (Übersetzung von Jorge Scholz)

## Interview:

### mit Benazir Bhutto

**Ihre Entscheidung, einen "Langen Marsch" der Opposition auf Islamabad zu starten, hat die meisten Beobachter überrascht. Was wollen sie mit Ihrer Protestaktion erreichen?**

Wir haben bereits vor zwei Jahren versucht, die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Ziel war es, das Regime zu Demokratie in Pakistan, zur Respektierung fundamentaler Rechte und zur Beendigung der Diskriminierungspolitik zu zwingen. Leider ist es uns nicht gelungen, über die Mobilisierung der Massen genügend Druck auf das Regime auszuüben, um es zu einem entsprechenden Reformkurs zu bewegen oder die innenpolitische und internationale Aufmerksamkeit auf die in Pakistan schwelende Krise zu lenken. Mit dem Aufruf zu unserem Protestmarsch hofften wir doch noch darauf, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu gewinnen. Wir stießen mit unserem Aufruf innerhalb unserer Partei und bei den Teilnehmern unserer Kundgebungen auf ein enthusiastisches Echo, was uns auf breite Unterstützung durch die Bevölkerung hoffen ließ.

Unklar blieb, ob das Regime uns in Islamabad dulden würde oder nicht. Wir gingen jedoch davon aus, daß wir in jedem Fall nur gewinnen können: Ein Verbot beweist, daß wir nicht in einer Demokratie leben und es keine Meinungs- und Versammlungsfreiheit gibt. Eine Genehmigung dagegen führt zu einer gewaltigen Massendemonstration in der Hauptstadt, die zeigt, daß Premierminister Nawaz Sharif nicht das Vertrauen des pakistanischen Volkes besitzt und sein politischer Kurs abgelehnt wird.

**Es gab große Spekulationen um den Zeitpunkt Ihres Aufrufs. Ist etwas Wahres an dem kursierenden Gerücht, daß Sie aufgrund von Signalen von oben gehandelt haben?**

Das Regime reagierte völlig konfus. Zunächst wurde behauptet, daß unsere Aktion völlig überraschend kam und vom Ausgang der amerikanischen Wahlen inspiriert worden sei. Tatsächlich haben wir den "Langen Marsch" bereits im Januar 1992 angekündigt. Das Regime hatte also fast ein Jahr Zeit, um sich auf den geplanten Protestmarsch vorzubereiten.

Die zweite Behauptung lautet, daß es einen Wink von Präsident Ghulam Ishaq Khan gegeben habe. Im Januar 1992 jedoch standen sich Präsident und Opposition unversöhnlich gegenüber, weshalb dieser wohl kaum etwas mit unserem Protestmarschaufruf zu tun haben kann.

Drittens wurde behauptet, daß die Armee dahintersteckt. Aber General Asif Nawaz hatte gerade erst sein Amt als Stabschef angetreten, und kann ebenfalls nichts damit zu tun haben. Hinter dem Aufruf steht das pakistanische Volk. Das Prinzip unserer Partei lautet, daß alle Macht dem Volk gehört. Und weil wir daran glauben, wollen wir die Macht des Volkes in der Schicksalskalkulation der Nation zu einem Faktor machen.

In der Partei war man sich darin einig, daß die Regierung seit dem Aufruf im Januar nicht in angemessener Weise reagiert. Die Welt

hat Pakistan vergessen, seitdem hier drakonische Gesetze verabschiedet werden. Angesichts der sogenannten Blasphemie-Gesetze (Blasphemie = Gotteslästerung; d.Red.), des Haushaltsdefizits, der Verschwendung öffentlicher Mittel und der Versuche, den Minderheiten Bürgerrechte zu entziehen (siehe auch 'Südasiens', 8/92, d.Red.), können wir nicht länger zu einem Regime schweigen, das glaubt, daß Politik ausschließlich in der Zeitung stattfindet.

**Waren Sie auf einen solchen schwerbewaffneten Schlag vorbereitet, zu dem die Regierung dann im November ausholte?**

Einige Leute sagen, daß das Regime überreagierte. Ich teile diese Ansicht nicht. Meiner Meinung nach wußte das Regime, daß eine Demonstration Hunderttausender vor dem Parlament in Islamabad ein klarer Beweis dafür sein würde, daß das Regime das moralische Recht zu regieren verloren hat. Deshalb ging das Regime zu Massenverhaftungen über und verbarrikadierte Islamabad.

Für eine Überreaktion halte ich jedoch das barbarische und brutale Vorgehen. Als sie begannen, die Leute auf den Straßen auch vor laufenden Kameras brutal zusammenzuschlagen, haben sie allerdings den Einfluß moderner Medien unterschätzt. Diese Brutalität in der Öffentlichkeit hat Nawaz Sharif und Pakistan einen schlechten Namen eingetragen.

**Die Regierung behauptet, daß Sie das Parlament belagern wollten ...**

Wir planten ein Sit-in, aber keineswegs eine Belagerung. Den Belagerungszustand hat die Regierung selbst herbeigeführt. Das Errichten von Barrikaden, das Aufreißen von Brücken und Straßen und die Beeinträchtigung des Schienen- und Luftverkehrs beweist nicht nur, daß in Pakistan ein autoritäres Regime an der Macht ist, sondern auch, daß die Regierungsmaschinerie zusammengebrochen ist und nicht in Übereinstimmung mit der Verfassung arbeiten kann. Ich bin davon überzeugt, daß das Kabinett uns das Sit-in erlauben wollte. Zwei Minister - der Innenminister und der Handelsminister - gaben entsprechende öffentliche Erklärungen ab. Aber diese Intrige diente nur dazu, gegen das pakistanische Volk Krieg zu führen und die Verfassung durch die Verweigerung des Versammlungsrechtes zu unterlaufen. Mit dem Durchbrechen der Barrikaden haben wir gezeigt, daß das Land nicht regiert werden kann, wenn es keinen Konsens gibt, und daß man die Ursachen von Not und Elend nicht mit Verhaftungen und Barrikaden bekämpfen kann.

Solange für die politische Krise in Pakistan keine dauerhafte Lösung gefunden wird, kann es keine politische Stabilität geben. Nawaz Sharif ist nicht in der Lage, Pakistan diese erforderliche politische Stabilität zu verleihen. Dies kann nur eine Regierung, die das Mandat der Bevölkerung besitzt. In dem Bemühen, sich Gehör zu verschaffen und die breite Unterstützung durch die Öffentlichkeit zu demonstrieren, sind meiner Meinung nach sogar



Die Regierung stellte die Armee gegen den "langen Marsch" (Foto: 'Herald')

die eigenen Erwartungen der vereinten Opposition weit übertroffen worden.

Wir wollten angesichts der Tatsache, daß es in Pakistan keine Stabilität gibt, der Forderung nach einer Regierung des nationalen Konsens Ausdruck verleihen. Das Regime ging noch einen Schritt weiter und demonstrierte, daß das Land tief in einer politischen Krise steckt.

**Einige Leute haben spekuliert, daß sich Ihre Bewegung zerstreut und in Luft aufgelöst hätte, wenn die Regierung nicht so lärmend und scharf gegen Sie vorgegangen wäre. Dies jedenfalls war am nächsten Morgen der Tenor vieler Zeitungskommentare ...**

Dieser 'Morgen danach' muß erst noch kommen, denn der "Lange Marsch" ist noch gar nicht beendet. Die politischen Aktivitäten überall im Land werden erneut in einem Protestmarsch nach Islamabad münden. Sie haben gar keine andere Wahl, als uns hinein-zulassen.

**Als Reaktion auf den Protestmarsch hat der Präsident kürzlich betont, daß das Parlament der geeignetere Ort sei, um Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Außerdem ließ er wissen, daß er besser beurteilen könne, ob das Parlament aufgelöst werden sollte oder nicht. Was sagen Sie dazu?**

Ich stimme dem zu, daß das Parlament - ein legitimes Parlament - besser geeignet ist, um Meinungsverschiedenheiten auszuräumen. Deshalb habe ich trotz der Tatsache, daß meine demokratische Regierung im Schatten des Golfkrieges auf illegale Weise entlassen und die anschließenden Wahlen gefälscht wurden, nicht zu einer Protestbewegung aufgerufen. Deshalb habe ich nicht zugelassen, daß die Provinzwahlen von unserer Partei boykottiert werden, wie es manche verlangten. Deshalb habe ich Führung und Basis unserer Partei überredet, trotz eines entsprechenden Beschlusses, den der Parteitag im November in Islamabad verabschiedet hat, die Parlamente nicht zu verlassen. Ich habe damit argumentiert, daß wir - unter Protest - in den Parlamenten bleiben sollten, um das Forum der Parlamente für die Durchsetzung von Reformen nutzen zu können.

**Von bestimmten Kreisen wird dennoch der Verdacht geäußert, daß Sie vom Establishment zum Handeln aufgefordert worden sind. Haben Sie ein entsprechendes Signal erhalten?**

Weder ich noch die PPP haben irgendwelche Signale erhalten. Wir

haben keinen schnellen Beschluß gefaßt, sondern diesen Marsch langfristig für Oktober geplant, was wegen der Flutkatastrophe sogar noch einmal verschoben werden mußte. Am 10. Oktober hat die PDA ('Pakistan Democratic Alliance', Bündnis von vier Oppositionsparteien; d.Red.) beschlossen, Tempo und Druck der Kampagne zu erhöhen, sobald in der Öffentlichkeit ein Echo zu spüren ist. Als dies nach einer landesweiten Demonstrationswelle erreicht war, haben wir gehandelt. Insgeheim hat man aber wohl damit gerechnet, daß wir unsere Aktion absagen. Vielleicht hat die Regierung geglaubt, daß wir einen Aufruf zu einem Protestmarsch nicht riskieren würden, der unter Umständen in der Bevölkerung nur wenig Beifall finden könnte. Aber wir wußten, daß die Menschen auf uns setzen würden, weil sie steigende Inflation, wachsende Arbeitslosigkeit und neue Steuern nicht länger hinnehmen, während sich Nawaz Sharif von öffentlichen Geldern in seinen Residenzen Schwimmbäder und Squashplätze bauen läßt und großzügig die Finanzen der Staatskasse verteilt.

**Die Regierung interpretiert den 'Langen Marsch' als...**

Entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche. Aber diese Leute wissen nicht, was sie sagen. Chaudhry Nisar (wichtigster Berater des Premierministers; Anm. d.Red.) bezeichnete ihn als politischen Terrorismus, während Chaudhry Shujaat (Innenminister, Anm. d.Red.) der Meinung war, daß dies nicht gegen die Verfassung verstoße. Sharif bezeichnete uns als Saboteure, während Malik Naem (Handelsminister, Anm. d.Red.) es als unser demokratisches Recht bezeichnete, nach Islamabad zu kommen. Nawaz Sharif glaubt offensichtlich, daß er mit dem Zerschlagen der Opposition davonkommen kann. Er hat behauptet, all das sei nur von den Medien verursacht worden. Somit glaubt er wohl auch, daß die Probleme verschwinden, wenn er die Journalisten einschüchtert und die Presse zensiert. Aber diese werden nicht verschwinden, da die Ursachen sehr viel tiefer liegen.

Ich habe eine bestimmte Vision von einem Pakistan, die sich an den Zielen und Vorstellungen des Staatsgründers Muhammad Ali Jinnah orientiert. Dafür werde ich kämpfen. Ich habe nicht nur diese Vision, sondern auch das Gefühl, daß eine deutliche Mehrheit des pakistanischen Volkes diese Vision eines liberalen, demokratischen und modernen Nationalstaates unterstützt.

(Das Interview erschien in der pakistanischen Zeitschrift 'Herald'. Es wurde redaktionell gekürzt. Übersetzung: Jorge Scholz)